standpunkt

162

vpod bern november 25

Auf zur Kundgebung am 22. November 4, 5
Schliesst euch dem Protest des Gesundheitspersonals an: Pflegende erklären, warum sie auf den Bundesplatz gehen.

Sozialhilfegesetz 2
Gefährliche Anreize erhöhen den Druck auf Armutsbetroffene.

Appell gegen Abbau unterschreiben 3
VPOD sowie Personalverbände sammeln Unterschriften für den Appell für das Bundespersonal und den Service public.

VPOD Bern macht Schule 6
Der VPOD Bern besucht Klassen von Lernenden.

Totalrevision Sozialhilfegesetz

Gefährliche Anreize erhöhen Druck auf Armutsbetroffene

Regierungsrat Schnegg baut den gesamten Sozialbereich des Kantons Bern nach derselben gefährlichen Logik um: Unter dem Schlagwort Effizienz und Wettbewerb wird bei Personal, Leistungen und Infrastruktur gekürzt. Auch bei der Totalrevision des Sozialhilfegesetzes drohen verschiedene Änderungen, die die Situation von Armutsbetroffenen verschärfen werden.

Seraina Patzen ist Mitglied im Vorstand VPOD Bern Bund und Kanton und Grossrätin

Zuerst wurde der Asylbereich nach dem System Schnegg umgepflügt: Wo Organisationen bisher mit einem Leistungsvertrag beauftragt wurden, Geflüchtete unterzubringen und zu begleiten, wurde neu eine wettbewerbsrechtliche Ausschreibung durchgeführt und eine leistungsorientierte Abgeltung eingeführt. Im Zentrum stand damit nicht mehr eine qualitativ hochstehende Betreuung, sondern ab jetzt galt es Kosten und Risiken zu minimieren. Diese Logik geht im Sozialbereich immer auf Kosten der Arbeitsbedingungen und der betroffenen Menschen. Und diese Logik wird nun nach und nach auf sämtliche Bereiche im Sozial- und Gesundheitssystem im Kanton Bern ausgedehnt: Ob Arbeitsintegration, Spitex oder Kitas – überall wird auf Wettbewerb und Anreize gesetzt.

Falsche Anreize

Auch in der aktuellen Totalrevision des Sozialhilfegesetzt schlägt sich diese Logik durchgehend nieder: Durch einen Selbstbehalt sollen die Sozialdienste dazu gebracht werden «effizienter» zu arbeiten, obwohl niemand erklären kann, wo sie überhaupt Einfluss auf die entstehenden Kosten haben. In der Konsequenz wird dies dazu führen, dass «effiziente» Sozialdienste die Leistungen kürzen. Zudem droht damit der Druck auf die Arbeitsbedingungen auf den Sozialdiensten massiv zu steigen, was dazu führen dürfte, dass eine Person noch mehr Dossiers betreuen muss und noch weniger Zeit für die so wichtige Beratung und Begleitung bleibt. Beides dürfte fatale Konsequenzen für die Betroffenen und langfristig höheren Kosten für das Gemeinwesen haben. Pilotprojekte und Studien haben nämlich gezeigt, dass die Sozialhilfekosten langfristig sinken, wenn die Sozialarbeitenden weniger Personen betreuen und damit mehr Ressourcen für Vernetzung und Beratung haben. Mit dieser Unterstützung können sich Sozialhilfebeziehende schneller aus der Sozialhilfe lösen.

Druck auf die Schwächsten

Mit der Revision soll auch der Druck auf die Betroffenen erhöht werden. So soll beispielsweise sanktioniert werden können, wer ein gewisses Sprachniveau nicht erreicht, die Verjährungsfristen für die Rückzahlung der bezogenen Sozialhilfe verlängert werden oder die Grundlage für die Einführung einer Bezahlkarte gelegt werden, mit der Asylsuchende kein Geld mehr erhalten würden, sondern nur noch Gutscheine. Dies ist bevormundend und diskriminierend. In der ersten Lesung im Grossen Rat in der Herbstsession wurden immerhin kleine Verbesserungen dieser problematischen Vorlage beschlossen. So hat das Parlament eine Bestimmung gestrichen, die massive Sozialhilfekürzungen ermöglicht hätte, wenn jemand in der Zeit vor dem Sozialhilfebezug auf Vermögen verzichtet hätte. Ein solcher Artikel hätte sehr viel Raum für willkürliche Kürzungen geboten und unnötigen administrativen Aufwand verursacht.

Seraina Patzen

VPOD-Sekretariat Umzug und Wechsel

Cja. Anfang Februar 2026 zieht der VPOD Bern Kanton und Bund um von der Monbijoustrasse an die Effingerstrasse 19, 3008 Bern in eine Bürogemeinschaft mit dem VPOD Bern Städte, Gemeinden, Energie und dem Personalverband des Bundes (PVB).

Ebenfalls personell gibt es eine Änderung: Nach 21 Jahren beim VPOD geht Christof Jakob im März 2026 in Pension. Eine Nachfolge konnte bereits gefunden werden: Martin Dremelj beginnt im Februar 2026 beim VPOD und wird Ansprechperson sein für Angestellte beim Bund und im Sozialbereich. Er bringt u.a. eine langjährige Erfahrung als Gewerkschaftssekretär der Unia und eine Ausbildung in Sozialarbeit mit. Ein Rückblick von Christof und eine Vorstellung von Martin erfolgt im nächsten Standpunkt anfangs März 2026.

Appell

Genug ist genug! Wir lancieren einen Appell für das Bundespersonal und den Service public. Das Personal hat genug von den permanenten und perfiden Angriffen auf seine Arbeitsbedingungen – und damit indirekt auch auf seine Arbeit und den Service public. Die Qualität der Dienstleistungen der Bundesverwaltung, aber auch die Attraktivität des Bundes als Arbeitgeber, stehen auf dem Spiel.

Eine Reihe von Sparmassnahmen wie beispielsweise in der Forschung, bei wissenschaftlichen Studien, bei Programmen und Aufgaben im Bereich der Prävention oder Statistik, treffen vulnerable Bevölkerungsgruppen. Wichtige Projekte und Akteure sind von diesem Sparpaket betroffen und führen zu einem Stellenabbau – nicht nur in der Bundesverwaltung, im ETH-Bereich oder den bundesnahen Betrieben, sondern auch in Institutionen welche Dienstleistungen für die Zivilgesellschaft anbieten.

In unserem Appell fordern wir den Bundesrat auf:

- weitere Angriffe auf die Anstellungsbedingungen des Bundespersonals zu unterlassen; das Personal zahlt im Rahmen des Entlastungspaket 27 und des neuen Lohnsystems bereits seinen Tribut;
- den Angriffen auf das Bundespersonal aus dem Parlament (wie beispielsweise die Motion 25.3974) entschlossen entgegenzutreten und damit das Funktionieren des Service public zu verteidigen;
- eine Auslegeordnung über die Auswirkungen des neuen Lohnsystems und insbesondere des Beurteilungsprozesses vorzunehmen: Aktuell sind nicht alle Details des neuen Lohnsystems bekannt;
- endlich das Personal in Fragen, die es konkret betreffen, in einer Konsultation direkt miteinzubeziehen.

Setze ein Zeichen und unterschreibe den von der Interessengemeinschaft Bundespersonal (VPOD, PVB, Garanto, transfair) lancierten Appell. Damit machst du Druck, damit der Abbau bei den Arbeitsbedingungen des Bundespersonals und beim Service public gestoppt wird.

Bitte unterschreibe online oder scanne den ausgefüllten Unterschriftenbogen und sende diesen bis spätestens am 28. Januar 2026 an bund@vpodbern.ch oder schicke den Bogen per Post an: VPOD, Monbijoustr. 61, 3007 Bern. Fordere auch deine KollegInnen auf, den Appell zu unterzeichnen.

Geplant ist, den Appell anlässlich des Treffens mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Februar 2026 zu übergeben. Über Details zur Übergabe informieren wir zu einem späteren Zeitpunkt.

Signer l'appel en ligne

Den Appell online unterschreiben

Vorname / Prénom / Nome	Nachname / Nom / Cognome	E-Mail	Unterschrift/Signature/Firma
Vorname / Prénom / Nome	Nachname / Nom / Cognome	E-Mail	Unterschrift/Signature/Firma
Vorname / Prénom / Nome	Nachname / Nom / Cognome	E-Mail	Unterschrift/Signature/Firma
Vorname / Prénom / Nome	Nachname / Nom / Cognome	E-Mail	Unterschrift/Signature/Firma

Kundgebung am 22. November: 4 Jahre nach dem Ja zur Pflegeinitiative

Darum gehen wir auf

Standpunkt fragte Pflegende, weshalb sie am 22. November, 14.15 Uhr auf den Bundesplatz Bern gehen. Seid solidarisch und schliesst euch der Protestkundgebung des Gesundheitspersonals an.

Das Gesundheitswesen kränkelt

Ich gehe an die Demo vom 22. November, weil ich miterlebe, wie der Druck, die Belastung und Anforderungen an das Personal im Gesundheitswesen seit Jahren wachsen. Anständige Lohnerhöhungen und einen richtigen Teuerungsausgleich gibt es für den Grossteil des Gesundheitspersonal schon lange nicht mehr. Das Gesundheitswesen kränkelt. Damit PatientInnen weiterhin anständig betreut und behandelt werden können, muss jetzt dringendst viel geschehen!

Bettina Cliffe, Study Nurse, Insel Gruppe und Vorstandsmitglied VPOD Bern

Die Geduld ist zu Ende

Vier Jahre nach der klar gewonnenen Abstimmung zur Pflegeinitiative hat sich für uns Pflegende mit direktem Patientenkontakt bei unserer täglichen Arbeit nichts spürbar verbessert! Das muss das Volk, welches sich 2021 für eine qualitativ gute und menschenwürdige Pflege ausgesprochen hat, wissen und hören. So ist es unumgänglich, dass wir erneut unsere Forderungen und unsere Frustration lautstark kundtun. Wir haben keine Zeit mehr für diese lächerliche «Pflästerli-Politik»! Die Geduld ist zu Ende und die Folgen der wegrationalisierten Menschlichkeit und der Verlust an nötiger Qualität in der Care-Arbeit ist einem privilegierten Staat wie unserem nicht würdig! Das, was in den vergangenen 4 Jahren (nicht!) passiert ist und im inakzeptablen Vorschlag des Bundesrates ans Parlament gipfelt, ist unserer Demokratie nicht würdig. Die Eingaben für dringlich nötige Verbesserungen und Anpassungen bei den Rahmenbedingungen in der Pflege, welche von unseren Berufsverbänden, namentlich auch der Gesundheitskommission des VPOD, eingegeben wurden, müssen ernst genommen werden. Wir wissen, wie schwerkrank der Patient ist. Offensichtlich sind die Mitglieder des Bundesrates noch nie als Notfallpatienten stundenlang in einem Gang der Notaufnahme vertröstet worden... Kollateralschäden sind an der Tagesordnung. DAS macht uns selbst bei der Ausübung unseres Berufes krank, hilflos und spült uns aus dem System!

Nein, es hat sich NICHTS verbessert, seit dem klaren Ja des Schweizer Volkes an der Urne des 28.Novembers 2021!

Evelyn Bühlmann, Pflegefachfrau, Mitglied Gesundheitskommission VPOD

Viele Fachpersonen verlassen den Beruf

Seit der Annahme der Pflegeinitiative spüre ich im Berufsalltag kaum Veränderungen. Der Personalmangel bleibt gross, viele Fachpersonen verlassen weiterhin den Beruf. Die hohe Arbeitsbelastung zehrt an der Gesundheit derjenigen, die bleiben. Besonders geteilte Dienste in der Langzeitpflege und Spitex sind sehr belastend, da es wenig Ruhezeit gibt. Ich wünsche mir unangemeldete, fachkundige Kontrollen in den Institutionen, um die Stellenschlüssel sichtbar und überprüfbar zu machen: Dieser ist in Realität wegen Krankausfällen oft tiefer als gesetzlich bestimmt. Nur mit mehr Pflegepersonen, besseren Arbeitsbedingungen und realistischen Stellenplänen können wir die Pflegequalität sichern und Pflegepersonen im Beruf halten.

Irene Wittwer, Pflegefachfrau

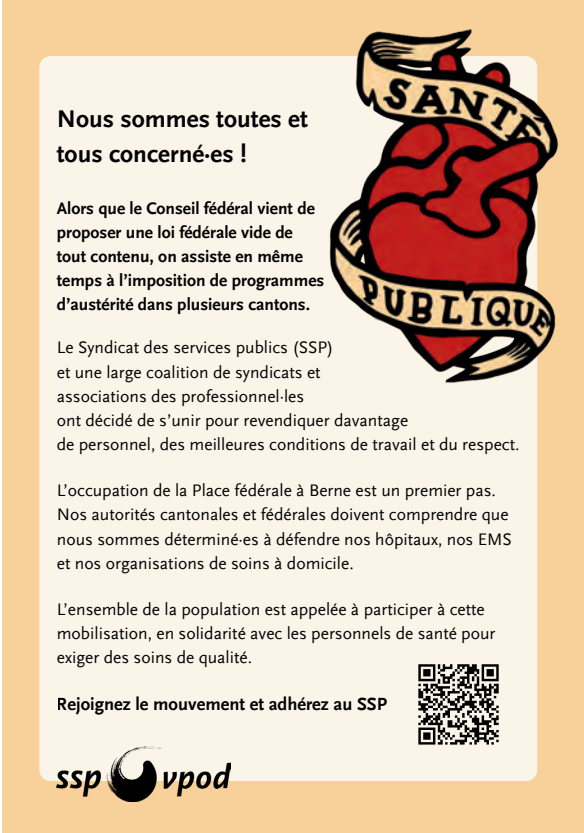
den Bundesplatz

Jährliche generelle Lohnerhöhung
Um eine gute und kontinuierliche Pflegequalität in den Betrieben des Gesundheitswesens zu garantieren, braucht es langjährige und erfahrene Mitarbeitende. Die Löhne stagnieren aber seit vielen Jahren – trotz Teuerung und immer höheren Krankenkassenprämien! Ich fordere daher für das Pflegepersonal eine jährliche generelle Lohnerhöhung, die im Gesetz zur Umsetzung der Pflegeinitiative verankert wird. Dies würde die Mitarbeitenden motivieren, weiterhin im Gesundheitswesen zu arbeiten und wäre eine wirksame Massnahme gegen den Fachkräftemängel.

Urs Pfister, Pflegefachmann HF,
Mobile Alterspsychiatrie UPD AG Bern,
Vorstandsmitglied VPOD Bern

Für eine gute Pflege- und Lebensqualität
Ich will nicht, dass die Grundlagen meines Berufes weiter über Bord geworfen werden. Ansonsten werden das breite Fachwissen und die Kompetenzen in den verschiedenen Bereichen nicht vollumfänglich angewendet. Die Pflege hat sich in den letzten Jahrzehnten stark entwickelt und wirksame Werkzeuge für die Praxis implementiert. Ich stelle aber traurig fest, dass man uns Pflegenden Teile der Mittel für eine gute Ausführung der Tätigkeiten rauben will. Ich möchte bei dieser Kundgebung Solidarität mit anderen zusammen zeigen, mich für den Wert der geriatrischen Pflege einsetzen und mich gegen weitere Rückschritte wehren! Politiker, Behörden, Arbeitgebervertreter, Krankenversicherer können oder wollen nicht verstehen, dass unser Beitrag für eine gute Pflegequalität massgebend die Lebensqualität der uns anvertrauten Betagten beeinflusst. Die Folgen davon sind gravierend, man macht man uns Vorwürfe und gibt dem Personal mindestens zum Teil die Schuld! Welches Bild können wir im Moment über unserem Pflegealltag zeigen – besonders gegenüber den Jugendlichen und auch Erwachsenen, die sich über eine Pflegeausbildung informieren und ein Berufswahlpraktikum im Heim besuchen? Welche Begleitung können wir Auszubildenden (FaGe, AGS etc.) anbieten und garantieren, wenn unser sinnvoller, wertvoller Beruf teilweise in einen sinnlosen Rahmen gesteckt wird?

Tiziano, Pflegefachmann HF,
in einer Langzeitpflegeinstitution tätig



Gewerkschaft bei Lernenden erlebbar machen

VPOD Bern macht Schule

Was ist eine Gewerkschaft, weshalb ist diese wichtig für mich und wie kann ich mich engagieren? Der VPOD beantwortet diese Fragen bei Schulbesuchen für Lernende.

«Wo machst du deine praktische Berufsausbildung? Und was gefällt dir besonders an deinem Beruf?» Mit dieser Einstiegsfrage breche ich das Eis schnell. Doch schon bei meiner Anschlussfrage ändert sich die Stimmung im Raum spürbar: «Wie müssten die Arbeitsbedingungen aussehen, damit du lange in deinem Beruf bleibst?» Und schon sind wir mitten in gewerkschaftlichen Themen.

Früh ansetzen, um Bewusstsein zu schaffen

Jeweils im Herbstsemester besuchen wir Berufsschulklassen von Fachangestellten Gesundheit oder Betreuung, AssistentInnen Gesundheit und Soziales, PraktikerInnen sowie Fachpersonen Hotellerie-Hauswirtschaft. Ziel dieser Besuche ist es, unsere Gewerkschaft vorzustellen und Einblicke in unsere Arbeit zu gewähren. Wir wollen mit diesen Treffen den Grundstein für gewerkschaftliches Denken und Handeln legen – und vielleicht auch das eine oder andere neue Mitglied gewinnen. Die Schulbesuche wurden im Rahmen des ProFa-Projekts gestartet und haben sich zu einem wichtigen Bestandteil unserer Bildungsarbeit entwickelt.

Was gute Arbeit ausmacht

Wenn die Lernenden erzählen, weshalb einige bereits nach der Lehre die Branche verlassen wollen, beginnen wir zu sammeln, was ihnen für gute Arbeitsbedingungen wichtig ist. Die Punkte halten wir fest: fairer Lohn, Mitspracherecht, ein gutes Team, eine ausgewogene Work-Life-Balance, sinnvolle Arbeit oder eine respektvolle Begleitung durch die AusbildnerInnen. Für mich sind das wertvolle Anknüpfungspunkte, um Themen wie Mitbestimmung oder Arbeitsrecht zu vertiefen.

Im nächsten Schritt geht es um das Wissen der Lernenden über ihre Rechte. In einem kurzen Quiz klären wir Fragen wie: Dürfen Lernende nachts eingesetzt werden? Dürfen sie von der Berufsschule fernbleiben? Wie viele Wochen Ferien stehen ihnen zu? Schnell entstehen lebhafte Diskussionen. Die Lernenden erzählen offen von ihren Erfahrungen im Betrieb – manchmal auch von Situationen, in denen ihre Rechte mutmasslich verletzt wurden. Solche Momente öffnen den Raum für das Gespräch darüber, wie Gewerkschaften konkret unterstützen und den Gedanken der Solidarität leben.

Gemeinsam stark

Um zu zeigen, was Gewerkschaft bedeutet, erzähle ich von den Anfängen der Arbeiterbewegung – von Menschen, die erkannten, dass sie gemeinsam mehr erreichen können. Von dort spannen wir den Bogen in die Gegenwart: Was heisst Sozialpartnerschaft, was regeln unsere Gesamtarbeitsverträge (GAV), und weshalb sind sie für Lernende wichtig? Zum Schluss zeige ich auf, was wir als VPOD Bern konkret schon bewirkt haben. Zum Abschluss gebe ich einen kurzen Einblick, welchen Lohn sie nach der Lehre erwarten dürfen und wie sie diesen verhandeln sollen.

Am Ende verteile ich Give-aways und Informationsflyer – sie sind jeweils im Nu vergriffen. Diese Schulbesuche machen grosse Freude. Es ist beeindruckend zu erleben, wie interessiert und reflektiert die junge Generation ist. Entgegen dem gängigen Klischee zeigt sich: Die Generation Z ist alles andere als egoistisch oder unpolitisch. Sie ist laut, selbstbewusst – und bereit, etwas zu bewegen.

Julia Zurfluh

Werde Teil unseres Schulbesuchs-Teams

Willst du dein Wissen und deine Erfahrungen über unsere Gewerkschaft an Lernende weitergeben? Wir wollen einen Pool von engagierten Mitgliedern aufbauen, die uns bei Schulbesuchen begleiten oder diese selbstständig übernehmen. Deine Aufgabe ist es, Lernenden die Gewerkschaft vorzustellen und von deinem eigenen Engagement zu erzählen. Du wirst von unseren RegionalsekretärInnen sorgfältig vorbereitet, geschult und unterstützt.
Interessiert? Melde dich unverbindlich bei julia.zurfluh@vpodbern.ch

Blitzumfrage im Akutbereich

Es braucht mehr Lohn für alle!

Im vierten Quartal stehen jeweils die Lohnverhandlungen mit den Kliniken und Spitälern an. Im August/ September hat der VPOD im Hinblick auf diese Verhandlungen in den drei grossen Institutionen Insel Gruppe, UPD und PZM eine Blitzumfrage durchgeführt. Das Ergebnis ist glasklar: Die Mitarbeitenden wollen endlich mehr Lohn.

Vor Ort an Aktionsständen oder online konnten die Angestellten auf einfache Weise zu drei Statements ihre Meinung abgeben: Mehr Lohn für alle, da die Löhne der Teuerung hinterherhinken; langjährige Mitarbeitende sollen für ihre Betriebstreue belohnt werden; es braucht gezielte Lohnerhöhungen für bestimmte Berufsgruppen. Die Umfrage wurde von 785 Personen (361 davon arbeiten in der Insel Gruppe) ausgefüllt und ist nicht repräsentativ. Werfen wir einen Blick auf die Ergebnisse.

Umfrageergebnisse Insel PZM, UPD

92 % aller Teilnehmenden stimmen der Behauptung, dass es aufgrund des Teuerungsrückstands mehr Lohn für alle braucht, eher oder vollumfänglich zu. In der Insel Gruppe sind es sogar 94 % (UPD 82 %, PZM 92 %). Nur 3 % sahen gar keinen Bedarf.

Der Behauptung, dass langjährige Angestellte für ihre Treue belohnt werden sollen, stimmten 89,5 % eher oder vollumfänglich zu. Am PZM sahen dies sogar 96 % der Teilnehmenden so (Insel 87,5 %, UPD 91,5 %). Nur 4.5 % stimmten der Aussage überhaupt nicht zu.

Die Behauptung, dass es bestimmte Berufsgruppen mit besonderem Aufholbedarf gäbe, bejahten 90 % der Umfrageteilnehmenden. Auch hier ist die Zustimmung am PZM mit 96 % am stärksten ausgeprägt (Insel 90,5 %, UPD 88 %). Nur 3,5 % wollen keine gezielten Erhöhungen.

Wo besteht Nachholbedarf?

Schliesslich konnten die Teilnehmenden auch angeben, bei welchen Berufsgruppen sie spezifisch Nachholbedarf sehen. 607 Personen haben eine oder mehrere Berufsgruppen genannt. Rund 8 % würden allen eine Lohnerhöhung

Stand mit Blitzumfrage in den UPD

geben, rund zwei Drittel erwähnen Pflegeberufe. Weiter werden häufig therapeutische Berufe, die Administration, die Ärzteschaft und die Reinigung erwähnt. Etwas seltener werden soziale Berufe und Berufe in der Hotellerie, Hauswirtschaft und Küche genannt.

Lirija Sejdi

Informationen zu VPOD-Mitglied werden und Veranstaltungen:

Demo gegen die Verdoppelung der Studiengebühren

Sej. Am 1. Oktober demonstrierten mehrere tausend Personen auf dem Bundesplatz gegen die Verdoppelung der Studiengebühren für inländische Personen (und gegen die Vervierfachung der Gebühren für ausländische Personen). Mit Musik, Reden und Pudding haben sie ihrem Unmut Ausdruck verliehen. An der schweizweiten Kundgebung nahmen auch diverse VPOD-Regionen teil. So waren unter anderem die neugegründete VPOD-Studierendengruppe der Universität Fribourg und die Hochschulgruppe der Universität Basel vor Ort. Letztere brachte ein grosses «Entlastungspaket» mit. «Return to sender» war darauf zu lesen. In der Wintersession wird das «Entlastungspaket 2027» im Ständerat (Erstrat) behandelt.

Impressum
Verband des Personals
öffentlicher Dienste
VPOD Region Bern / SSP Berne
Monbijoustrasse 61, 3007 Bern
031 371 67 45, info@vpodbern.ch
bern.vpod.ch
Redaktion: Christof Jakob
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags-AG

Veranstaltungen

19. November: Treffen Gruppe Reinigung Bund
Offenes Treffen der Angestellten der Reinigung beim Bund.
Mittwoch, 19. November, 13.30 Uhr
Sitzungszimmer VPOD, Monbijoustr. 61, Bern

22. November: Demo für das Gesundheitspersonal
Siehe Seiten 4 und 5.
Ein Bündnis von Berufsverbänden und Gewerkschaften ruft zu einer nationalen Kundgebung auf: Für eine sichere Gesundheitsversorgung, angemessen Arbeitsbedingungen und die Umsetzung der Pflegeinitiative. Unterstützt das Pflegepersonal, nehmt an der nationalen Kundgebung in Bern teil.
Samstag, 22. November, 14.15 Uhr
Bundesplatz Bern

11. Dezember: Treffen Gruppen UPD und PZM
Treffen der Gruppen und gemeinsames Jahresessen.
Donnerstag, 11. Dezember, 18 Uhr
Mezze de Beirut
Bitte im VPOD-Sekretariat anmelden.

12. Januar 2026: Treffen Gruppe PZM
Retraite der Gruppe mit Jahresplanung.
Montag, 12. Januar, 9–12 Uhr
PZM, Haus 22, 4. Stock, Rittersaal

14. Januar 2026: Treffen Gruppe UPD
Retraite der Gruppe mit Jahresplanung.
Mittwoch, 14. Januar, 17.30–20 Uhr
Sitzungszimmer VPOD, Monbijoustr. 61, 2. Stock

2. Februar 2026: Umzug VPOD-Sekretariat
Ab Februar 2026 ist das VPOD-Sekretariat an der Effingerstrasse 19 (Bürogemeinschaft mit dem VPOD Städte, Gemeinden, Energie und dem Personalverband des Bundes PVB). Das VPOD-Sekretariat bleibt voraussichtlich vom 29. Januar – 3. Februar 2026 geschlossen.

Mehr Infos sowie Termine der Treffen der VPOD-Gruppen auf www.bern.vpod.ch

Aktuell

Kanton will Einstiegsstufen abschaffen

Cja. Für den VPOD sind sie schon lange ein Ärgernis: Die Einstiegsstufen. Bisher erhalten 170 Mitarbeitende der Kantonsverwaltung trotz abgeschlossener Ausbildung nicht etwa den Grundlohn, sondern bis zu 6 Stufen, also 9 % weniger Lohn, obwohl sie eigentlich die Anstellungsbedingungen erfüllen. Nach dem Willen der Regierung und mit Unterstützung des VPOD soll sich dies per Januar 2026 ändern: Die Einstiegsstufen sollen abgeschafft werden und alle sollen mindestens den Grundlohn erhalten. Das ist erfreulich. Bedauerlich ist, dass der finanzielle Aufwand dafür (ca. 0,2 Lohnprozente) über die üblichen individuellen Lohnmassnahmen finanziert werden soll. Finanziell besonders schwierig umzusetzen wird es für die subventionierten Betriebe (Altersheime, Spitex und soziale Institutionen...), von denen viel auch die kantonale Lohntabelle anwenden. Ihnen steht oft schon sowieso weniger Geld zur Verfügung für individuelle Lohnmassnahmen und teilweise sind deutlich mehr Angestellte in Einstiegstufen eingereiht. FaGe haben zudem bis zu 12 Einstiegsstufen (18 % weniger als der Grundlohn). Dennoch: Es braucht auch in diesen Betrieben Anpassungen zugunsten der jungen Angestellten und der Grundlohn soll auch dort zum Minimallohn werden.

REKA-Card statt Checks

Cja. Ab 2026 gibt es bei REKA keine Checks mehr (diese sind aber weiter gültig). Leider hat der VPOD beim Bezug von REKA-Karten, welche die Checks ersetzen, keinen Rabatt mehr, muss also diesen selber finanzieren. Dennoch hat der VPOD-Vorstand beschlossen, auch in Zukunft jährlich 500 Franken REKA mit 10 % Ermässigung als Dienstleistung den VPOD-Mitgliedern abzugeben. Mitglieder können beim VPOD entweder eine REKA-Geschenkkarte im Wert von 500 Franken beziehen oder ihre registrierte REKA-Card vom VPOD aufladen lassen.

Adressänderungen bitte an:
VPOD, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern
info@vpodbern.ch